

tiatur keineswegs freiwillig, sondern unter dem Druck eines von Laboa überbrachten Ultimatus verlassen. Die amerikanische Regierung habe den Nuntius nicht zu einem solchen Schritt aufgefordert; aber sie halte seine Entscheidung für richtig. Die Laboas Worten widersprechende, anonyme Darstellung ist für den Nuntius ein zumindest ärgerliches Faktum. Überhaupt scheint er mit dem amerikanischen Vorgehen in mancher Hinsicht nicht einverstanden gewesen zu sein. Die amerikanische Seite habe Abmachungen nicht eingehalten, erklärte er, ohne dies allerdings näher auszuführen. Vatikansprecher *Joaquín Navarro* hatte die USA eine „Besatzungsmacht“ genannt, „die die Arbeit einer diplomatischen Mission nicht behindern“ dürfe, bezeichnete aber später die Konsultationen mit den Amerikanern als einvernehmlich.

Bischöfe zwischen Verurteilung und Erleichterung

Von den Mitarbeitern Laboas verlautete andererseits, der Nuntius habe zeitweilig erwogen, die Nuntiatür zu räumen, so daß sie von den amerikanischen Truppen hätte gestürmt werden können. Auch soll er die Amerikaner schriftlich ermächtigt haben, im Falle einer Geiselnahme in die Nuntiatür einzudringen. Nach dem Abtransport Noriegas in die USA erklärte der Vatikan, damit sei die beste Lösung gefunden worden; Präsident Bush dankte dem Papst telefonisch für die Bemühungen der Kirche. Johannes Paul II. hatte unmittelbar nach Bekanntwerden der Invasion der „unschuldigen Opfer“ gedacht und im Blick auf Lateinamerika von der „Illusion, daß Gewalt Probleme lösen kann“ gesprochen (Catholic News Service, 22. 12. 89).

Aus der panamaischen Kirche hatte der Erzbischof von Panama-Stadt, *Marcos Gregorio McGrath*, in einer öffentlichen Erklärung zum militärischen Eingreifen der Amerikaner Stellung genommen. Die Invasion sei „ein bedauerlicher Vorgang, der unserem freien und souveränen Land eine tiefe

Wunde geschlagen hat“ und der möglichst bald beendet werden sollte. Er gestand jedoch zu, daß die Politik Noriegas die amerikanische Militärintervention heraufbeschworen habe, die insbesondere unter den ärmeren Bevölkerungsschichten zu „enormen menschlichen und materiellen Verlusten geführt hat“. Die Kirche begrüße die neue Regierung unter Endara und hoffe, daß ihm national und international das so dringend benötigte Vertrauen entgegengebracht werde.

Am ersten Tag der Invasion hatte McGrath erklärt, er sehe das ausländische Eingreifen wie wohl die meisten seiner Landsleute mit gemischten Gefühlen; es sei dem Verständnis der Panamäer von nationaler Souveränität „sehr fremd“. Es sei eine Ironie des Schicksals, daß viele der Probleme, „die uns die Militärherrschaft (Noriegas) beschert hat, im Laufe der Jahre von außen geschaffen worden sind“. Das gelte vor allem für den Aufbau der Streitkräfte durch die USA. McGrath begrüßte in einer öffentlichen Erklärung die Entscheidung des Nuntius, Noriega aufzunehmen. Er selbst war gezwungen, sich wegen Morddrohungen zeitweilig ebenfalls in der Nuntiatür aufzuhalten.

Die kirchlichen Reaktionen außerhalb Panamas fielen unterschiedlich aus. In den USA begrüßte Erzbischof *Roger M. Mahony* von Los Angeles die militärische Intervention: Die Demokratie müsse verteidigt werden. Der Vorsitzende der amerikanischen Pax-Chri-

sti-Sektion, Weihbischof *Thomas Gumbleton*, Detroit, verurteilte sie: „Zuerst haben wir Noriega unterstützt und seine Armee aufgebaut – trotz seiner Verwicklungen in Drogengeschäfte. Jetzt besetzen wir das Land und gefährden unschuldiges Leben, um seiner habhaft zu werden“ (Catholic News Service, 22. 12. 1989).

44 Bischöfe Zentralamerikas hatten im November 1989 in Costa Rica die Lage in Panama erörtert. Sie forderten Noriegas Entmachtung, sprachen sich aber gleichzeitig dafür aus, daß eine militärische Intervention „so lange wie möglich vermieden“ werden sollte. Sie wiesen darauf hin, daß der Wirtschaftsboykott der Vereinigten Staaten, der von den panamaischen Bischöfen wiederholt kritisiert worden war, die Armen des Landes besonders schwer treffe. Generell beklagten die Bischöfe die „ungerechtfertigte Einmischung fremder Länder in Mittelamerika“ und eine „sture Verbissenheit“, Konflikte mit Gewalt lösen zu wollen. Die Generalsekretäre des Weltkirchenrates, des Lutherischen und des Reformierten Weltbundes sowie die Konferenz Europäischer Kirchen schrieben dem amerikanischen Präsidenten am 22. Dezember, die US-Regierung habe erneut zur Waffengewalt gegriffen, um einen politischen Konflikt zu lösen, und trage daher die politische und moralische Verantwortung für die bei den kriegerischen Auseinandersetzungen ums Leben gekommenen Menschen. G. B.

Libanon: Welche Zielvorstellung setzt sich durch?

Trotz intensiver Bemühungen gerade auch verschiedener arabischer Staaten, in den letzten Monaten zur Befriedung des Landes beizutragen, ist die Lage im Libanonkonflikt auch 15 Jahre nach seinem Beginn unsicherer und verworrener denn je (zum Hintergrund der Auseinandersetzungen vgl. HK, August 1976, 412 ff.; September

1976, 471 ff.; Dezember 1978, 635 ff.). Wenn in jüngster Zeit diese nicht endenwollende Auseinandersetzung zwischen den verfeindeten libanesischen Parteien bzw. ihren militärischen Organisationen und den außerlibanesischen Besatzungstruppen bzw. Geldgebern international wieder verstärkt Schlagzeilen machte, dann ging es da-

bei vor allem um die seit anderthalb Jahren andauernden Versuche verschiedenster Seiten, dem Land wieder eine wenigstens relativ *stabile Führung* zu geben. Seit dem Ende der Präsidentschaft *Amin Gemayels* im September 1988 scheitern manche Bemühungen um eine Beilegung dieses Konfliktes bereits an der Tatsache, daß das Land entweder keine oder eine nur eingeschränkt handlungsfähige politische Führung besitzt.

Ein Krieg zwischen unterschiedlichen Legitimitätsauffassungen

Nach mehrfachen vergeblichen Versuchen, einen neuen Präsidenten zu wählen, hatte Präsident Gemayel buchstäblich in letzter Minute General *Michel Aoun*, den Oberbefehlshaber der christlichen Streitkräfte, zum interimistischen Ministerpräsidenten einer Militärregierung ernannt, was bei Muslimen und Syrern auf heftigen Widerstand stieß. Der Amtsvorgänger, der – wie es der traditionelle Konfessionsproporz des Landes vorschreibt – sunnitische Muslim *Salim Hoss*, verweigerte Aoun jedoch seine Anerkennung und betrachtete sich weiterhin als den legitimen Amtsinhaber. Wie immer man in der Vergangenheit bereits den Libanonkonflikt letztlich verstehen mochte, als Bürger- oder Religionskrieg, als Befreiungs- oder Stellvertreterkrieg, die Aufsplitterung in eine muslimische und eine christliche Regierung machte aus dem Konflikt obendrein einen Krieg zwischen verschiedenen *Legitimitätsauffassungen*. Wobei sich jedoch auch hier wieder herausstellte, daß die Fronten weniger entlang der Grenzen der Religionen und Volkszugehörigkeiten verlaufen, als sich vielmehr aufgrund der unterschiedlichen Haltungen gegenüber der Besatzungsmacht Nr. 1, Syrien, herausbilden.

Nachdem General Aoun im März letzten Jahres zu einer Sammlung der Kräfte gegen Syrien unter der Parole vom „Befreiungskrieg gegen die syrische Besatzung“ aufgerufen hatte, kam es zu heftigen Kämpfen mit erheblichen Opfern gerade auch in der

Zivilbevölkerung. Dabei zeigte sich, daß Aoun in seiner frontalen und kompromißlosen Haltung gegenüber Syrien nur auf begrenzte internationale Unterstützung setzen konnte. Allem Anschein ging es Aoun ohnehin mehr um die eigene Profilierung im christlichen Lager als um den ernst gemeinten Versuch, die Syrer aus dem Land zu jagen, was von Anfang an schon wegen des ungleichen Kräfteverhältnisses nur wenig aussichtsreich war. Bereits damals zeigte sich, daß es nicht anging, die Präsenz syrischer Truppen auf libanesischem Territorium allein dafür verantwortlich zu machen, daß es zu keiner politischen Lösung des Konfliktes kommen konnte. Ein Hindernis bestand ganz offensichtlich auch „in der militärisch verteidigten Illusion, eine Lösung gegen den Willen der Syrer sei möglich“ (Neue Zürcher Zeitung, 21.4.89).

Hoffnungen auf eine politische Lösung der ungeklärten Machtverhältnisse im Lande und dringend benötigte Reformansätze kamen auf, als die Arabische Liga sich auf ihrem Sondergipfel von Casablanca im Mai 1989 zur Bildung einer Kommission, bestehend aus dem marokkanischen König *Hassan*, dem saudiarabischen König *Fahd* sowie dem algerischen Präsidenten *Chadli*, entschloß. Diese Dreiergruppe wurde beauftragt, die Abgeordneten des libanesischen Parlamentes bei ihrem Bemühen um politische Reformen sowie bei der Wahl eines Präsidenten und der Bildung einer Regierung zu unterstützen. Nachdem es zunächst so ausgesehen hatte, als scheitere dieser Vermittlungsversuch, kam es – nicht zuletzt durch ein Einlenken der Bürgerkriegsparteien – Ende September zu einer *außerordentlichen Sitzung* des letztmals 1972 gewählten libanesischen Parlamentes in der saudiarabischen Stadt Taif. 62 der insgesamt 73 noch lebenden Abgeordneten – unter ihnen 32 Christen – nahmen daran teil. Sie einigten sich dabei auf eine Reihe von *Strukturveränderungen zugunsten des muslimischen Bevölkerungsteils*: Reduktion der Befugnisse des – christlichen – Staatspräsidenten; Verlängerung der Amtszeit des – schiitischen – Parlamentspräsidenten, Erhöhung der Zahl der Parla-

mentsmandate auf 128 (bislang 99) sowie eine gleichstarke Vertretung von Christen und Muslimen im Parlament. Nach einem Vermittlungsversuch verabschiedeten die Abgeordneten am 22. Oktober auf einem weiteren Treffen in Taif fast einstimmig ein „Dokument für die nationale Eintracht“.

Nuancierte Haltung des maronitischen Patriarchen

Nicht gelöst wurde allerdings – und dies bot für Michel Aoun die Möglichkeit, die Vereinbarungen von Taif abzulehnen – die *Frage des Abzugs der syrischen Truppen*. Lediglich in einem geheimen Zusatzabkommen wurden Zusicherungen gemacht: Syrien sagte zu, nach einem Zeitraum von zwei Jahren nach und nach seine Truppen zu verringern. Aoun bezeichnete daher nicht nur die Vereinbarung von Taif als „Verbrechen gegen die Souveränität des Libanon“, sondern beschimpfte die Parlamentarier obendrein als „Verräter“.

In dem Maße wie Aoun sich jedoch auf die Position festlegte, daß strukturelle Reformen im Libanon nur denkbar seien nach einer Beendigung der militärischen Präsenz Syriens, er sich damit aber mehr und mehr entfernte von dem, was als politisch machbar und durchsetzbar gilt, richteten sich die Blicke auch der internationalen Öffentlichkeit auf den maronitischen Patriarchen *Nasrallah Sfeir*, der zwar wiederholt leugnete, eine Gegenposition zu Aoun einzunehmen, in der Sache zugleich aber nuancierter argumentierte. Patriarch Sfeir sieht in der unter Vermittlung der Arabischen Liga gefundenen Lösung in der gegenwärtigen Lage seines Landes das „geringere Übel“ oder, wie er es in einem Zeitungsinterview formulierte, eine „relativ gute, wenn auch nicht absolut gute“ Lösung (La Croix, 26.10.89). Immerhin habe man sich auf Reformen geeinigt. Das zeige, daß libanesische Christen und Muslime sich durchaus einigen können. Andererseits würden in der Tat nicht-libanesischen Truppen im Lande bleiben, „Sy-

rer, Israelis, Palästinenser und Iraner“, und solange dies der Fall sei, könne von einem wirklich freien und unabhängigen Libanon nicht die Rede sein. Die Haltung von General Aoun bezeichnete der Patriarch als zwar „in sich gut“, jedoch angesichts der internationalen Lage als undurchführbar. Zugleich trat der Patriarch verschiedentlich für die *Einheit unter den Christen* seines Landes ein: Die Vereinbarungen von Taif könnten eine Lösung sein, sie könnten aber auch „in die Spaltung und in den Tod führen“ (KNA, 28. 10. 89).

Die Spaltung der libanesischen Christen

Wie groß indes die innerchristlichen Spannungen geworden sind, wurde an einem Vorfall deutlich, in dessen Mittelpunkt der Patriarch selbst stand: Unmittelbar nach der auf der Basis der Vereinbarungen von Taif vorgenommenen Präsidentenwahl von *René Mouawad* Anfang November letzten Jahres drangen Anhänger Aouns während der Nacht in die Privaträume des Patriarchen an dessen Sitz in Bherke im nordöstlichen Teil von Beirut ein und beschimpften und demütigten diesen. Sfeir verließ daraufhin Bherke, das in der Einflußzone von General Aoun liegt, und zog sich auf seinen Sommersitz im syrisch kontrollierten Norden des Landes zurück.

Eine positive Haltung sowohl zu den Vereinbarungen von Taif wie auch zur Wahl von Präsident Mouawad hatte der Apostolische Stuhl eingenommen, wie sich an Äußerungen des Apostolischen Nuntius im Libanon, Erzbischof *Pablo Puente* zeigte, die dieser noch vor der Wahl und nach einem Gespräch mit Aoun machte. Auf ähnliche Weise hatte sich auch der Rat der maronitischen Bischöfe geäußert. Dies hinderte Aoun nicht daran, noch vor der Wahl Mouawads das Parlament für aufgelöst zu erklären, ein Versuch, der jedoch nur die Isolierung anzeigte, in die Aoun trotz überraschender Unterstützung aus der Bevölkerung geraten war.

An dieser unsicheren Lage änderte sich jedoch auch nichts Wesentliches,

als Präsident Mouawad bereits 17 Tage nach seiner Wahl durch gezielt gezündeten Sprengstoff ermordet wurde. Über die Hintergründe dieses Attentats herrscht weiterhin Rätselraten: Daß Aoun nicht an der Etablierung einer neuen Führung auf der Basis der Vereinbarungen von Taif interessiert sein konnte, liegt auf der Hand. Parteigänger Aouns verweisen unterdessen auf mögliche Motive Syriens, da Mouawad sich nicht als ein so willfähriger Handlanger erwiesen habe, wie die syrischen Machthaber sich dies erhofft hätten. Bereits zwei Tage nach dem tödlichen Attentat wählten indes 53 Abgeordnete des libanesischen Parlaments im syrisch besetzten Teil des Landes einen neuen Präsidenten, diesmal den Maroniten *Elias Hrawi*. Nur kurz darauf ernannte der neue Präsident den Sunniten *Salim Hoss* wiederum zum Ministerpräsidenten. General Aoun hielt hingegen weiterhin den Palast des libanesischen Präsidenten besetzt und erkannte weder Hrawi noch Hoss an, da er in ihnen nichts weiter als *Vasallen Syriens* zu erkennen meint. Der neue Präsident wurde unterdessen sowohl von der Arabischen Liga als auch von den USA, der UdSSR sowie den westeuropäischen Staaten anerkannt. Gegenüber Aoun schaltete Präsident Hrawi unverzüglich eine härtere Gangart ein: Er entthob ihn sämtlicher Ämter und stoppte die finanziellen Zuwendungen an Aouns Truppen.

In dem Maße, wie die Christen des Libanon gespalten sind zwischen der Anerkennung der auf der Basis der Vereinbarungen von Taif etablierten Führung und der Unterstützung von General Aoun als dem „einzigen, der als ein wirklich authentischer und integrier Nationalist“ erscheint (so der aus dem Libanon stammende Schriftsteller *Claude Khal*, in: *Le Monde*, 1. 12. 89), mußten beide Seiten auch auf die *Unterstützung durch den Apostolischen Stuhl* bedacht sein. Noch im Dezember nährte die islamische und pro-syrische Presse im Libanon Zweifel an der Anerkennung des neuen Präsidenten Hrawi durch den Apostolischen Stuhl. In verschiedenen Kommentaren wurde die Ansicht vertreten, dieser lehne die Umsetzung des Ab-

kommens von Taif ab und unterstütze General Aoun. Immerhin hatte sich Aoun selbst bereits an den Apostolischen Stuhl gewandt, wie bekannt wurde. Und Nuntius Puente hatte sich auffallend viel Zeit gelassen mit der Überreichung seines Beglaubigungsschreibens. Im Vatikan wurde letzteres jedoch mit der unsicheren Lage bei der politischen Führung des Landes begründet. Aufgeregte Kommentare löste auch die Tatsache aus, daß es Mitte Dezember zunächst nicht zu einer Begegnung des Papstes mit Vertretern der Dreierkommission der Arabischen Liga kam. Kurz vor Weihnachten traf der Papst schließlich doch noch mit den Außenministern Saudi-Arabiens, Algeriens und Marokkos zusammen. Mit der Ermordung des Papstes drohte in dem Zusammenhang gar die sogenannte „Organisation für die Verteidigung der Unterdrückten der Erde“, eine muslimische Extremistengruppe, die bereits im Sommer vergangenen Jahres mit derselben Drohung für Aufsehen sorgte, als Johannes Paul II. sich mehrfach zu einer Reise in den Libanon entschlossen zeigte.

Kann der Vatikan im Streit mit General Aoun vermitteln?

Auch nach der Anfang Januar erfolgten Überreichung des Beglaubigungsschreibens durch den Nuntius an Präsident Hrawi scheint die neue Führung indes mit der Unterstützung aus Rom noch nicht zufrieden zu sein. In einem Brief an Puente forderte Ministerpräsident Salim Hoss den Apostolischen Stuhl eigens auf, den mit dem Vertrag von Taif in Gang gesetzten Friedensprozeß für den Libanon zu fördern.

Allem Anschein nach geht es der libanesischen Führung dabei vor allem um Hilfe des Vatikans beim Versuch, General Aoun in seiner Haltung umzustimmen, um so dem Land eine weitere Zerreißprobe zu ersparen und der politischen Führung des Landes die Möglichkeit zu einer einigermaßen normalen Arbeit der staatlichen Institutionen zu geben, denn in dem Brief

heißt es weiter: Alle dem Libanon freundlich gesinnten Staaten müßten an die dem Abkommen von Taif gegenüber kritisch gesinnten Gruppierungen des Landes appellieren, diesem aus Respekt gegenüber den gewählten Staatsvertretern zuzustimmen. Hoss erinnerte im übrigen den Apostolischen Stuhl daran, daß dessen wiederholte Aufforderungen, den Libanonkonflikt mit friedlichen Mitteln zu lösen, „mit den Bemühungen der libanesischen Regierung in Einklang ste-

hen, deren wichtigste Aufgabe es ist, die Einheit des Landes zu bewahren und die durch Aoun verursachte Teilung zu beseitigen“.

Für die weitere Entwicklung wird nicht nur viel davon abhängen, wie General Aoun sich in nächster Zukunft gegenüber der neuen Führung verhalten wird, sondern es dürfte auch um die Frage gehen, welchen Stellenwert das Ziel der *Einheit des Libanon* eigentlich noch behält. Wer die gegenwärtige Führung anerkennt, geht da-

von aus, daß diese Einheit nur mit Syrien als einem gewissen Ordnungsfaktor erhalten werden kann. Damit kalkuliert man ein, daß Syrien selbst mit seinem Engagement natürlich in erster Linie eigennützige Ziele verknüpft. Erklärt man jedoch die Souveränität – wie es Aoun tut – zur alles entscheidenden und unteilbaren Zielperspektive für den weiteren Weg des Libanon, mag man die faktische Teilung des Landes als vorläufig „geringeres Übel“ ansehen. K. N.

Ein großer Anspruch und seine Grenzen

Frankreichs weltpolitische Rolle

Zusammen mit der Bundesrepublik ist Frankreich Motor für die Weiterentwicklung der europäischen Integration. Gleichzeitig unterscheidet sich aber Frankreichs weltpolitisches Profil nicht unwesentlich von dem der Bundesrepublik, nicht zuletzt aufgrund der französischen kolonialen Vergangenheit und der eigenen Atomstreitmacht. Unser Mitarbeiter Alfred Frisch skizziert die Entwicklung der weltpolitischen Stellung Frankreichs seit dem Zweiten Weltkrieg und vergleicht Anspruch und Wirklichkeit französischer Weltmachtambitionen.

Einer der bittersten Augenblicke seiner Laufbahn dürfte es für de Gaulle gewesen sein, als ihm im August 1945 die Beteiligung an der Konferenz von Potsdam der großen Siegermächte versagt wurde. Es war bereits sein großer Wunsch gewesen, auf der vorausgegangenen Konferenz in Jalta wenigstens das Recht zu erhalten, seine Vorstellungen über die Neuordnung Europas nach Beendigung des Krieges darzulegen. Seit seinem Widerstandsappell an das französische Volk aus London am 18. Juni 1940 war es sein ständiges Bestreben, das weltpolitische Mitspracherecht seines Landes geltend zu machen und es in die Reihe der Siegermächte aufnehmen zu lassen, nicht zuletzt, um so die Schmach der Niederlage und der Kapitulation des Vichy-Regimes zu überdecken. Gegen den amerikanischen Präsidenten Roosevelt, der nie wußte, was er von diesem ungewöhnlichen Einzelgänger mit seinen fast hochstaplerischen Ansprüchen halten sollte, konnte er mit der nicht immer vorbehaltlosen Unterstützung Winston Churchills die Anerkennung des freien Frankreich nach der alliierten Landung in Nordafrika durchsetzen. Nicht ohne Mühen rang er ferner den Amerikanern für seine vorläufige Regierung das Recht ab, nach der alliierten Landung in der Normandie ihr Hei-

matland zu verwalten. Ursprünglich wollten die Amerikaner Frankreich als befreites Territorium zunächst einmal der Kontrolle der alliierten Streitkräfte unterstellen.

Frankreichs Führungsrolle in Afrika

Um seine internationale Anerkennung und um die Aufnahme Frankreichs in den kleinen Kreis der großen Siegermächte ging es de Gaulle auch, als er sich Ende 1944 zu Stalin auf die Krim begab. Er hoffte, sich mit dessen Unterstützung oder zumindest mit seinem passiven Wohlwollen gegen den widerspenstigen Roosevelt durchsetzen zu können. Über die Absichten des sowjetischen Diktators hatte er sich damals keinerlei Illusionen gemacht, ebenso nie über die Folgen der Konferenz von Jalta für das Schicksal Polens. Es gab während dieses Besuchs zeitweise harte Auseinandersetzungen. Stalin äußerte sich auch recht verächtlich über das französische Potential. De Gaulle brauchte jedoch den bei diesem Treffen unterzeichneten Freundschaftspakt, um Frankreich einen angemessenen Platz in den geplanten internationalen Organisationen und im Friedensprozeß zu sichern. Stalin mußte seinerseits den Ambitionen eines in seiner Optik daniederliegenden Landes Rechnung tragen, weil er zu den Amerikanern kein Vertrauen hatte und mittelfristig im zerklüfteten Europa einen geostrategisch sicherlich nicht wertlosen Partner benötigen konnte, zumal in Frankreich dank der Widerstandsbewegung die sowjethörige kommunistische Partei eine starke Position besaß und sogar eine revolutionäre Machtergreifung für möglich hielt.

Als de Gaulle im Januar 1944 in der Kongohauptstadt Brazzaville das Fundament einer Französischen Union